

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**[Nummer Erlassregister]****Erlass der Regierung über die Vermittlung in ein Praktikum in Ausführung des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung**

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen, Artikel 11 Absatz 2 Nummer 4;

Aufgrund des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung, Artikel 35 Absatz 4, Artikel 36 §2 Absatz 1, Artikel 37 §4, Artikel 42 Absatz 2, Artikel 43 Absatz 2, Artikel 45 §1 Absatz 5;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 18. Januar 2002 über das Orientierungspraktikum;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 29. November 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen;

Aufgrund des Gutachtens des Rates für Familienleistungen vom 12. September 2023;

Aufgrund des Gutachtens des Beirats für Integration und das Zusammenleben in Vielfalt vom 19. September 2023;

Aufgrund des Gutachtens des Verwaltungsrats der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben vom 22. September 2023;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 19. Oktober 2023;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 18. Oktober 2023;

Aufgrund des Gutachtens der Datenschutzbehörde Nr. ... vom ...;

Aufgrund des Gutachtens Nr. ... des Staatsrates, das am ... in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

In Erwägung des Gutachtens des Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 26. September 2023;

Auf Vorschlag des für Beschäftigung zuständigen Ministers und des für Soziales zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 – Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Dekret: das Dekret vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung;
2. Vermittlungsdienst: folgende Behörden:
 - a) die gemäß Artikel 22 des Dekrets anerkannten Vermittlungsdienste;
 - b) das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
 - c) die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;
3. Arbeitsamt: das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
4. Minister: der für Beschäftigung zuständige Minister.

Art. 2 – Die in Artikel 35 des Dekrets erwähnten Ausbildungen sind:

1. die im Gesetz vom 19. Juli 1983 über die Industrielehre erwähnte Industrielehre;
2. das in Artikel 6.1 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen erwähnte Meistervolontariat;
3. die in Artikel 6.2 desselben Dekrets vom 16. Dezember 1991 erwähnte Anlehre;
4. die in Artikel 7 desselben Dekrets vom 16. Dezember 1991 erwähnte Lehre;
5. die im Erlass der Regierung vom 10. September 1993 zur Einrichtung und Regelung eines Systems der Ausbildung im Betrieb zur Vorbereitung der Integration von Personen mit einer Behinderung in den Arbeitsprozess erwähnte Ausbildung im Betrieb;
6. der in Titel IV Kapitel X des Programmgesetzes vom 2. August 2002 erwähnte Berufseinarbeitungsvertrag;
7. die in Kapitel 5 Abschnitt 1 des Erlasses der Regierung vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende erwähnte individuelle Berufsausbildung im Unternehmen.

Maßnahmen anderer Teilstaaten, die eine gleichwertige Zielsetzung haben oder auf eine vergleichbare Weise organisiert sind wie die in Absatz 1 erwähnten Maßnahmen, gelten ebenfalls als Ausbildungsmaßnahmen im Sinne von Artikel 35 des Dekrets.

Art. 3 – Das Vorliegen folgender Tatbestände schließt den Praktikumsgeber in Anwendung von Artikel 36 §2 des Dekrets für höchstens fünf Jahre von der Anwendung von Kapitel 5 des Dekrets aus:

1. die wiederholte Feststellung von Verstößen gegen die Gesetzgebung in den Bereichen Wohlbefinden, Gesundheit, Sicherheit und Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz, Arbeitsregelung, Arbeits- und Ruhezeiten, Arbeitsbedingungen und den besonderen Schutzmaßnahmen für jugendliche Arbeitnehmer;
2. die wiederholte Feststellung von Verstößen gegen das Dekret oder seine Ausführungsbestimmungen.

Der Minister fasst auf Grundlage eines Gutachtens des Vermittlungsdienstes, der den Praktikanten gemäß Artikel 33 des Dekrets begleitet, und einer Stellungnahme des betroffenen Praktikumsgebers einen Beschluss über den Ausschluss des Praktikumsgebers von Kapitel 5 des Dekrets.

Der Beschluss enthält die Begründung sowie die Dauer des Ausschlusses.

Die Dauer des Ausschlusses richtet sich nach der Schwere und der Häufigkeit der in Absatz 1 definierten Verstöße. Sie beträgt mindestens ein Jahr.

Der Zeitraum des Ausschlusses des Praktikumsgebers beginnt am dritten Tag nach Versand des entsprechenden Beschlusses per Einschreiben.

Der Minister übermittelt diesen Beschluss allen Vermittlungsdiensten.

Art. 4 – Folgende Informationen werden für die Anwendung von Artikel 37 §1 Absatz 4 des Dekrets vom anerkannten Vermittlungsdienst oder von der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben an das Arbeitsamt übermittelt:

1. die in Artikel 6 Nummern 1 bis 8 erwähnten Informationen;
2. die Kontonummer des Praktikanten;
3. alle Änderungen der in den Nummern 1 und 2 erwähnten Angaben, die im Laufe des Praktikumsvertrags erfolgen.

Art. 5 – §1 – In folgenden Situationen wird der Praktikumsvertrag gemäß Artikel 37 §4 Nummer 2 des Dekrets ausgesetzt, wenn die Unterbrechung des Praktikums den Zeitraum von zwei Wochen überschreitet:

1. bei Krankheit, Unfall oder höherer Gewalt;
2. bei urlaubsbedingter Betriebsschließung;
3. bei Betriebsschließung in Folge von zeitweiliger Arbeitslosigkeit bzw. bei Unfähigkeit des Praktikumsgebers, in Folge von zeitweiliger Arbeitslosigkeit eine angemessene Begleitung des Praktikanten zu garantieren.

Tritt einer der in Absatz 1 erwähnten Fälle auf, teilt der Praktikant beziehungsweise der Praktikumsgeber der anderen Partei und dem Vermittlungsdienst, der den Praktikanten gemäß Artikel 33 des Dekrets begleitet, dies schnellstmöglich mit.

Bei Krankheit oder Unfall rechtfertigt der Praktikant seine Unfähigkeit durch ein ärztliches Attest, das er beim Vermittlungsdienst, der ihn gemäß Artikel 33 des Dekrets begleitet, einreicht.

Die Aussetzung des Praktikumsvertrags hat zur Folge, dass der Praktikant für die Dauer der Aussetzung nicht am Praktikum teilnimmt und das Arbeitsamt keine Praktikumsentschädigung und Fahrtkostenentschädigung zahlt.

Wenn die Wiederaufnahme des Praktikums aufgrund einer langfristigen oder wiederholten Aussetzung unmöglich wird, kann der Minister bzw. der anerkannte Vermittlungsdienst, der den Praktikanten gemäß Artikel 33 des Dekrets begleitet, den Vertrag fristlos kündigen.

Eine vorzeitige Beendigung des Praktikumsvertrages durch den Minister bzw. den anerkannten Vermittlungsdienst kann in diesem Fall nur erfolgen, wenn der Vermittlungsdienst dem Praktikanten vorher ein Beratungsgespräch angeboten hat. Ziel dieses Gespräches ist es, die Möglichkeit der Fortsetzung des Praktikums zu erörtern und gegebenenfalls die möglichen Alternativen aufzuzeigen.

Das Beratungsgespräch findet auf Initiative und in Anwesenheit des Referenzberaters oder des Arbeitsberaters statt. Der Praktikant und der Praktikumsgeber werden zu diesem Gespräch eingeladen.

Im Falle einer vorzeitigen Beendigung des Praktikumsvertrages informiert der Vermittlungsdienst, der den Praktikanten gemäß Artikel 33 des Dekrets begleitet, alle in Artikel 37 des Dekrets festgelegten Vertragsparteien.

Wird der Vertrag durch einen anderen Vermittlungsdienst als dem Arbeitsamt vorzeitig beendet, informiert dieser das Arbeitsamt über die Gründe, die zur Beendigung des Vertrages geführt haben, wenn es sich bei dem Praktikanten um einen Anwärter oder Empfänger von Arbeitslosenunterstützung handelt.

Art. 6 – Der in Artikel 37 §1 des Dekrets erwähnte Praktikumsvertrag umfasst mindestens die folgenden Informationen:

1. die Identität und die in Artikel 8 §1 Nummern 1 oder 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit erwähnte Erkennungsnummer des Praktikanten;
2. den Wohnsitz des Praktikanten;
3. die Bezeichnung des Praktikumsgebers, die Adresse seines Sitzes und die Adresse der Niederlassungseinheit, an der das Praktikum stattfindet;
4. die Unternehmensnummer des Praktikumsgebers;
5. eine Beschreibung der Funktion, die der Praktikant ausüben wird, sowie die Angabe, ob es sich um eine Tätigkeit als Arbeiter oder Angestellter handelt;
6. die Identität und die Funktion des gemäß Artikel 39 des Dekrets bezeichneten Praktikumsbetreuers;
7. die Laufzeit des Vertrags;
8. die Arbeitszeitregelung;
9. die Informationen zur Praktikumsentschädigung und zu den Fahrtkosten, die vom Arbeitsamt gezahlt werden können;
10. die Bedingungen, unter denen das Praktikum beendet werden kann;
11. die Verpflichtung des Praktikumsgebers zur Einhaltung der Arbeitsschutz- und datenschutzrechtlichen Bestimmungen;
12. die Verpflichtung des Praktikumsgebers, dass er den Praktikanten während des Praktikums begleitet;
13. die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien.

Jede Vertragspartei erhält ein Exemplar des unterzeichneten Praktikumsvertrages.

Art. 7 – Der Praktikant teilt dem zuständigen Referenzberater oder Arbeitsberater jede Änderung seiner persönlichen Situation mit. Als Änderung der persönlichen Situation gilt jedes Element, das einen Einfluss auf den Praktikumsvertrag, die Praktikumsentschädigung oder die Fahrtkostenentschädigung haben kann. Gelten insbesondere als Änderung der persönlichen Situation:

1. ein Wohnsitzwechsel;
2. die Aufnahme einer Tätigkeit als Arbeitnehmer, statutarisches Personalmitglied oder Selbstständiger;
3. die vorzeitige Beendigung des Praktikumsvertrages;
4. die Änderung der Praktikumsdauer, Praktikumsstage und Praktikumsstunden pro Woche.

In Ermangelung einer Mitteilung über die Änderung der persönlichen Situation kann der Minister bzw. der anerkannte Vermittlungsdienst, der den Praktikanten gemäß Artikel 33 des Dekrets begleitet, den Praktikumsvertrag fristlos kündigen.

Wird der Vertrag durch einen anderen Vermittlungsdienst als dem Arbeitsamt vorzeitig beendet, informiert dieser das Arbeitsamt über die Gründe, die zur Beendigung des Vertrages geführt haben, wenn es sich bei dem Praktikanten um einen Anwärter oder Empfänger von Arbeitslosenunterstützung handelt.

Ereignisse, die gemäß Absatz 1 Nummern 1 und 4 eine Änderung der persönlichen Situation zur Folge haben, wirken ab dem ersten Tag des Monats nach demjenigen, in dem dieses Ereignis stattgefunden hat. Die in Absatz 1 Nummern 2 und 3 erwähnten Ereignisse wirken am Tag ihres Stattfindens.

Der Praktikumsgeber teilt dem zuständigen Referenzberater oder Arbeitsberater jede Änderung der in Artikel 6 Nummern 3, 4 und 6 erwähnten Informationen schnellstmöglich mit.

Jede Änderung der in Artikel 6 Nummer 5 erwähnten Funktion, die der Praktikant ausübt, bedarf einer vorherigen Absprache mit dem zuständigen Referenzberater oder Arbeitsberater und setzt sein Einverständnis sowie das des Praktikanten und des Praktikumsgebers voraus.

Art. 8 – In folgenden Situationen kann der Praktikumsvertrag gemäß Artikel 37 §4 Nummer 4 des Dekrets vorzeitig und ohne Kündigungsfrist beendet werden:

1. auf Wunsch des Praktikumsgebers oder des Praktikanten;
2. bei Aufnahme einer Tätigkeit als Arbeitnehmer, statutarisches Personalmitglied oder Selbstständiger durch den Praktikanten;
3. bei höherer Gewalt;
4. wenn der Praktikant nicht die nötige Eignung besitzt, um mit Erfolg am normalen Ablauf des Praktikums teilzunehmen;
5. wenn der Praktikant einen in den Artikeln 232-235 des Sozialstrafgesetzbuches erwähnten Verstoß begangen hat, um zu einem Praktikum zugelassen zu werden;
6. aus einem schwerwiegenden Grund.

Die vorzeitige Beendigung des Praktikumsvertrages erfolgt in schriftlicher Form. Die schriftliche Kündigung wird allen Vertragsparteien übermittelt.

Wird der Vertrag durch einen anderen Vermittlungsdienst als dem Arbeitsamt vorzeitig beendet, informiert dieser das Arbeitsamt über die Gründe, die zur Beendigung des Vertrages geführt haben, wenn es sich bei dem Praktikanten um einen Anwärter oder Empfänger von Arbeitslosenunterstützung handelt.

Eine vorzeitige Beendigung des Praktikumsvertrags durch den Minister bzw. den anerkannten Vermittlungsdienst in Folge der in Absatz 1 Nummern 1, 4, und 6 definierten Situationen kann nur erfolgen, wenn der Vermittlungsdienst dem Praktikanten vorher ein Beratungsgespräch angeboten hat. Ziel dieses Gespräches ist es, die Möglichkeit der Fortsetzung des Praktikums zu erörtern und gegebenenfalls die möglichen Alternativen aufzuzeigen.

Das Beratungsgespräch findet auf Initiative und in Anwesenheit des Referenzberaters oder des Arbeitsberaters statt. Der Praktikant und der Praktikumsgeber werden zu diesem Gespräch eingeladen.

Art. 9 – In folgenden Situationen endet der Praktikumsvertrag gemäß Artikel 37 §4 Nummer 4 des Dekrets von Rechts wegen:

1. bei Verlust des Zugangs zum belgischen Arbeitsmarkt des Praktikanten;
2. bei Tod des Praktikanten;
3. bei der Einstellung der Tätigkeit des Praktikumsgebers;
4. bei Ausschluss des Praktikumsgebers von der Anwendung von Kapitel 5 des Dekrets gemäß Artikel 3.

In den in Absatz 1 Nummern 1, 3 und 4 definierten Situationen informiert der Vermittlungsdienst, der den Praktikanten gemäß Artikel 33 des Dekrets begleitet, den Praktikanten über die Beendigung des Praktikumsvertrags. In der in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Situation informiert der Vermittlungsdienst ebenfalls den Praktikumsgeber.

Art. 10 – Die in Artikel 42 des Dekrets erwähnte Praktikumsentschädigung entspricht der in Artikel 15 §1 des Erlasses der Regierung vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende festgelegten Prämie. Die Höhe der Praktikumsentschädigung wird gemäß den in Artikel 15 §§2 und 3 desselben Erlasses festgelegten Modalitäten berechnet.

Die Praktikumsentschädigung wird an die Praktikanten gezahlt, die die in den Artikeln 18 oder 19 desselben Erlasses festgelegten Bedingungen erfüllen.

Das Arbeitsamt zahlt die Praktikumsentschädigung monatlich auf das Konto des Praktikanten aus.

Art. 11 – Die in Artikel 43 des Dekrets erwähnte Fahrtkostenentschädigung entspricht der in Artikel 16 des Erlasses der Regierung vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende festgelegten Fahrtkostenentschädigung und wird nach den dort festgelegten Modalitäten berechnet.

Artikel 16 §3 desselben Erlasses ist auf die in Absatz 1 erwähnte Fahrtkostenentschädigung des Praktikanten anwendbar.

Die Fahrtkostenentschädigung wird an die Praktikanten gezahlt, die die in den Artikeln 18 oder 19 desselben Erlasses festgelegten Bedingungen erfüllen.

Das Arbeitsamt zahlt die Fahrtkostenentschädigung monatlich auf das Konto des Praktikanten aus.

Art. 12 – Die Praktikumsentschädigung und die Fahrtkostenentschädigung werden für die in Artikel 37 des Dekrets erwähnte Dauer des Praktikumsvertrags gewährt, mit Ausnahme:

1. der Zeiträume, in denen der Vertrag gemäß Artikel 5 ausgesetzt wird;
2. der Zeiträume, in denen der Kursteilnehmer unentschuldigt abwesend ist.

Im Falle einer unentschuldigten Abwesenheit informiert der Praktikumsgeber unmittelbar den zuständigen Referenzberater oder Arbeitsberater des Praktikanten.

Als entschuldigte Abwesenheiten des Kursteilnehmers gelten insbesondere die folgenden Situationen und Ereignisse:

1. familiäre Ereignisse;
2. die Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten oder ziviler Aufträge;
3. das Erscheinen vor Gericht;
4. der Urlaub aus zwingenden Gründen;
5. die gesetzlich vorgesehenen Arbeitsunterbrechungen bezüglich des Mutterschutzes;
6. die Beantwortung eines Stellenangebotes durch den Kursteilnehmer.

Unbeschadet Absatz 1 wird die Fahrtkostenentschädigung nicht gewährt:

1. für die Zeiträume, in denen der Kursteilnehmer entschuldigt abwesend ist;
2. in den Situationen, in denen gemäß Artikel 16 §2 des Erlasses vom 13. Dezember 2018 der Nachweis über das Anrecht auf eine erhöhte Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung bzw. dessen Beantragung nicht fristgerecht beim Arbeitsamt eingereicht wurde.

Wird der Praktikant von einem anderen Vermittlungsdienst als dem Arbeitsamt begleitet, teilt dieser dem Arbeitsamt monatlich folgende Angaben mit:

1. die Zeiträume des Monats, während denen der Praktikumsvertrag in Anwendung von Artikel 5 §1 ausgesetzt wurde;
2. die Zeiträume des Monats, während denen der Praktikant unentschuldigt abwesend war.

Diese Mitteilung erfolgt vor dem zehnten Tag des Monats, der dem Monat folgt, auf den sich diese Zeiträume beziehen.

Art. 13 – Hat der Praktikant aufgrund falscher Angaben oder aufgrund der in Artikel 7 Absatz 2 oder der in Artikel 8 Nummer 5 erwähnten Verfehlung auf ungerechtfertigte Weise eine Praktikumsentschädigung oder eine Fahrtkostenentschädigung bezogen, fordert das Arbeitsamt die entsprechenden Beträge zurück.

Art. 14 – Die Zulassung zum Praktikum sowie die Gewährung der Prämie und der Fahrtkostenentschädigung ist an die Einhaltung der durch das Dekret, den vorliegenden Erlass und den Praktikumsvertrag festgelegten Verpflichtungen und Bedingungen gebunden. Dies setzt voraus, dass der Praktikant dem Praktikum regelmäßig und gewissenhaft folgt.

Art. 15 – Stellt der Vermittlungsdienst, der den Praktikanten gemäß Artikel 33 des Dekrets begleitet, fest, dass der Praktikant eine oder mehrere Verpflichtungen oder Bedingungen nicht einhält, spricht der Vermittlungsdienst, unbeschadet der Anwendung der Artikel 5, 7 und 8, ggf. eine Verwarnung aus und setzt den Betroffenen in Verzug, diesen Verpflichtungen umgehend nachzukommen.

Art. 16 – §1 - Kommt der Praktikant nach der in Artikel 15 erwähnten Aufforderung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, entzieht der Minister bzw. der anerkannte Vermittlungsdienst ihm die Zulassung zum Praktikum sowie die Gewährung der Prämie und der Fahrtkostenentschädigung, nachdem der Vermittlungsdienst ihn dazu angehört hat und unbeschadet der Anwendung der Artikel 5, 7 und 8.

§2 – Der Minister bzw. der anerkannte Vermittlungsdienst entzieht dem unbeschäftigten Arbeitsuchende oder dem entschädigten Vollarbeitslosen ebenfalls die Zulassung zum Praktikum sowie die Gewährung der Prämie und der Fahrtkostenentschädigung, wenn er sein Praktikum vorzeitig beendet oder wenn das Praktikum aufgrund des Verhaltens des Betreffenden durch den Praktikumsgeber beendet wird.

§3 – Der Minister bzw. der Vermittlungsdienst teilt dem Praktikanten seine aufgrund der Paragraphen 1 und 2 gefasste Entscheidung per Einschreiben mit und informiert die anderen in Artikel 37 des Dekrets festgelegten Vertragsparteien über die vorzeitige Beendigung des Praktikumsvertrages.

Wird der Praktikumsvertrag durch einen anderen Vermittlungsdienst als dem Arbeitsamt vorzeitig beendet, informiert dieser das Arbeitsamt über die Gründe, die zur Beendigung des Vertrages geführt haben, wenn es sich bei dem Praktikanten um einen Anwärter oder Empfänger von Arbeitslosenunterstützung handelt.

§4 - Für Anwärter und Empfänger von Arbeitslosenunterstützung berücksichtigt das Arbeitsamt die in den §§1 und 2 erwähnten Situationen für die Anwendung der in Kapitel 6 des Dekrets festgehaltenen Kontrolle der Suchbemühungen.

Art. 17 – Der Erlass der Regierung vom 18. Januar 2002 über das Orientierungspraktikum ist aufgehoben.

Art. 18 – Artikel 13 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 29. November 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen, eingefügt durch den Erlass vom 23. Januar 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 4 wird aufgehoben;
2. folgende Nummer 9 wird eingefügt:
„9. die in Artikel 42 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung erwähnte Praktikumsentschädigung;“
3. folgende Nummer 10 wird eingefügt:

„10. die in Artikel 43 desselben Dekrets vom 22. Mai 2023 erwähnte Fahrkostenentschädigung.“

Art. 19 – Alle Personen, die vor Inkrafttreten des Artikels 17 zu einem Orientierungspraktikum zugelassen wurden, unterliegen bis zur Beendigung ihres jeweiligen Praktikums weiterhin den Bestimmungen des Erlasses der Regierung vom 18. Januar 2002 über das Orientierungspraktikum.

Art. 20 – Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2024 in Kraft, mit Ausnahme der Artikel 17 und 18 Nummer 1, die an einem vom Minister für Beschäftigung festzulegenden Datum in Kraft treten.

Art. 21 – Der für Beschäftigung zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien
I. WEYKMANS

Isabelle
Weykmans



Digital unterschrieben von
Isabelle Weykmans
Datum: 2023.10.30 13:04:48
+01'00'

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[Numéro d'enregistrement]

Avant-projet d'arrêté du Gouvernement relatif au placement en stage en application du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins

LE GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE,

Vu le décret du 23 avril 2018 relatif aux prestations familiales, l'article 11, alinéa 2, 4 ;

Vu le décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins, l'article 35, alinéa 4, l'article 36, § 2, alinéa 1^{er}, l'article 37, § 4, l'article 42, alinéa 2, l'article 43, alinéa 2, et l'article 45, § 1^{er}, alinéa 5 ;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 18 janvier 2002 relatif au stage d'orientation ;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 29 novembre 2018 portant exécution du décret du 23 avril 2018 relatif aux prestations familiales ;

Vu l'avis du Conseil pour les prestations familiales, donné le 12 septembre 2023 ;

Vu l'avis du Conseil consultatif pour l'intégration et le vivre ensemble dans la diversité, donné le 19 septembre 2023 ;

Vu l'avis du Conseil d'administration de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée, donné le 22 septembre 2023 ;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 19 octobre 2023 ;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 18 octobre 2023 ;

Vu l'avis n° ... de l'Autorité de protection des données, donné le ... ;

Vu l'avis n° [numéro] du Conseil d'État, donné le [date] en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973 ;

Considérant l'avis du Conseil économique et social de la Communauté germanophone, donné le 26 septembre 2023 ;

Sur proposition du Ministre compétent en matière d'Emploi et du Ministre compétent en matière d'Affaires sociales ;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er} - Pour l'application du présent arrêté, on entend par :

1° décret : le décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins ;

2° service de placement : les autorités suivantes :

- a) les services de placement agréés conformément à l'article 22 du décret ;
- b) l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone ;
- c) l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminé ;
- 3° l'Office de l'emploi : l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone ;
- 4° Ministre : le Ministre ayant l'emploi dans ses attributions.

Art. 2 - Les formations visées à l'article 35 du décret sont :

- 1° l'apprentissage industriel visé par la loi du 19 juillet 1983 relative à l'apprentissage industriel ;
- 2° le stage volontaire de maîtrise mentionné à l'article 6.1 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME ;
- 3° la formation élémentaire mentionnée à l'article 6.2 du même décret du 16 décembre 1991 ;
- 4° l'apprentissage mentionné à l'article 7 du même décret du 16 décembre 1991 ;
- 5° la formation en entreprise visée par l'arrêté du Gouvernement du 10 septembre 1993 instaurant et réglant un système de formation en entreprise en vue de préparer l'intégration professionnelle de personnes handicapées ;
- 6° la convention d'immersion professionnelle visée au chapitre X du titre IV de la loi-programme du 2 août 2002 ;
- 7° la formation professionnelle individuelle en entreprise visée au chapitre 5, section 1^{re}, de l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi.

Les actions d'autres entités fédérées qui ont un objectif équivalent ou qui sont organisées d'une manière comparable aux actions visées à l'alinéa 1^{er} sont également considérées comme des mesures de formation au sens de l'article 35 du décret.

Art. 3 - L'existence des faits suivants exclut le fournisseur de stage de l'application du chapitre 5 du décret pour une durée maximale de cinq ans, en application de l'article 36, § 2, du décret :

- 1° le constat répété d'infractions à la législation en matière de bien-être, de santé, de sécurité et de non-discrimination au travail, de réglementation du travail, de durée du travail et du repos, de conditions de travail et de mesures particulières de protection des jeunes travailleurs ;
- 2° la constatation répétée de violations du décret ou de ses dispositions d'exécution.

Le Ministre prend, sur base d'un avis du service de placement qui accompagne le stagiaire conformément à l'article 33 du décret et d'un avis du fournisseur de stage concerné, une décision d'exclusion du fournisseur de stage du chapitre 5 du décret.

La décision indique les motifs et la durée de l'exclusion.

La durée de l'exclusion est fonction de la gravité et de la répétition des manquements définis à l'alinéa 1^{er}. Elle est d'au moins un an.

La période d'exclusion du fournisseur de stage prend cours le troisième jour suivant l'envoi par courrier recommandé de la décision y relative.

Le Ministre transmet cette décision à tous les services de placement.

Art. 4 - Les informations suivantes sont transmises par le service de placement agréé ou par l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminé à l'Office de l'emploi pour l'application de l'article 37, § 1^{er}, alinéa 4, du décret :

- 1° les informations mentionnées à l'article 6, 1° à 8° ;
- 2° le numéro de compte du stagiaire ;
- 3° toute modification des informations mentionnées aux 1° et 2° intervenant au cours du contrat de stage.

Art. 5 – Dans les situations suivantes, le contrat de stage est suspendu conformément à l'article 37, § 4, 2°, du décret, lorsque l'interruption du stage dépasse la période de deux semaines :

1. en cas de maladie, d'accident ou de force majeure ;
2. en cas de fermeture de l'entreprise pour cause de congés ;
- 3° en cas de fermeture de l'entreprise pour cause de chômage temporaire ou d'incapacité du fournisseur de stage à garantir un accompagnement adéquat du stagiaire pour cause de chômage temporaire.

Si l'un des cas visés à l'alinéa 1^{er} se présente, le stagiaire ou le fournisseur de stage en informe l'autre partie et le service de placement qui accompagne le stagiaire conformément à l'article 33 du décret, dans les meilleurs délais.

En cas de maladie ou d'accident, le stagiaire justifie son incapacité par un certificat médical qu'il remet au service de placement qui l'accompagne conformément à l'article 33 du décret.

La suspension du contrat de stage a pour conséquence que le stagiaire ne participe pas au stage pendant la durée de la suspension et que l'Office de l'emploi ne verse pas d'indemnité de stage ni d'indemnité de déplacement.

Si la reprise du stage devient impossible en raison d'une suspension de longue durée ou répétée, le Ministre ou le service de placement agréé qui accompagne le stagiaire conformément à l'article 33 du décret peut résilier le contrat sans préavis.

Dans ce cas, le Ministre ou le service de placement agréé ne peut mettre fin au contrat de stage que si le service de placement a proposé au préalable un entretien de conseil au stagiaire. L'objectif de cet entretien est de discuter de la possibilité de poursuivre le stage et, le cas échéant, de présenter les alternatives possibles.

L'entretien de conseil a lieu à l'initiative et en présence du conseiller référent ou du conseiller emploi. Le stagiaire et le fournisseur de stage sont invités à cet entretien.

En cas de rupture anticipée du contrat de stage, le service de placement qui accompagne le stagiaire conformément à l'article 33 du décret informe toutes les parties contractantes définies à l'article 37 du décret.

En cas de rupture anticipée du contrat par un service de placement autre que l'Office de l'emploi, celui-ci informe l'Office de l'emploi des motifs qui ont conduit à la rupture du contrat si le stagiaire est demandeur ou bénéficiaire de prestations de chômage.

Art. 6 - Le contrat de stage visé à l'article 37, § 1^{er}, du décret comporte au moins les informations suivantes :

- 1° l'identité et le numéro d'identification mentionné à l'article 8, § 1^{er}, 1° ou 2°, de la loi du 15 janvier 1990 relative à l'institution et à l'organisation d'une Banque-carrefour de la Sécurité sociale ;
- 2° le domicile du stagiaire ;
- 3° la désignation du fournisseur de stage, l'adresse de son siège social et l'adresse de l'unité d'établissement où se déroule le stage ;
- 4° le numéro d'entreprise du fournisseur de stage ;
- 5° une description de la fonction que le stagiaire exercera, en précisant s'il s'agit d'un travail d'ouvrier ou d'employé ;
- 6° l'identité et la fonction du maître de stage désigné conformément à l'article 39 du décret ;
- 7° la durée du contrat ;
- 8° le régime de travail ;

- 9° les informations relatives à l'indemnité de stage et à l'indemnité de déplacement qui peuvent être payés par l'Office de l'emploi ;
- 10° les conditions dans lesquelles il peut être mis fin au stage ;
- 11° l'engagement du fournisseur de stage à respecter les dispositions en matière de protection du travail et de protection des données ;
- 12° l'obligation du fournisseur de stage d'accompagner le stagiaire pendant le stage ;
- 13° les droits et obligations des parties contractantes.

Chaque partie contractante reçoit un exemplaire du contrat de stage signé.

Art. 7 - Le stagiaire informe le conseiller référent ou le conseiller emploi compétent de tout changement de sa situation personnelle. Est considéré comme changement de situation personnelle tout élément susceptible d'avoir une influence sur le contrat de stage, l'indemnité de stage ou l'indemnité de déplacement. Sont notamment considérés comme changement de situation personnelle :

- 1° un changement de domicile ;
- 2° le début d'une activité en tant que travailleur salarié, membre du personnel statutaire ou indépendant ;
- 3° la fin anticipée du contrat de stage ;
- 4° la modification de la durée du stage, des jours de stage et des heures de stage par semaine.

En l'absence de notification du changement de situation personnelle, le Ministre ou le service de placement agréé qui accompagne le stagiaire conformément à l'article 33 du décret peut résilier le contrat de stage sans préavis.

En cas de rupture anticipée du contrat par un service de placement autre que l'Office de l'emploi, celui-ci informe l'Office de l'emploi des motifs qui ont conduit à la rupture du contrat si le stagiaire est demandeur ou bénéficiaire de prestations de chômage.

Les événements qui, conformément à l'alinéa 1^{er}, 1° et 4°, entraînent une modification de la situation personnelle prennent effet à partir du premier jour du mois suivant celui au cours duquel cet événement a eu lieu. Les événements visés à l'alinéa 1^{er}, 2° et 3°, prennent effet le jour où ils se produisent.

Le fournisseur de stage communique au conseiller référent ou au conseiller emploi compétent toute modification des informations visées à l'article 6, 3°, 4° et 6°, dans les meilleurs délais.

Toute modification de la fonction visée à l'article 6, 5°, exercée par le stagiaire doit faire l'objet d'une concertation préalable avec le conseiller référent ou le conseiller emploi compétent et requiert son accord ainsi que celui du stagiaire et du fournisseur de stage.

Art. 8 - Dans les situations suivantes, il peut être mis fin au contrat de stage de manière anticipée et sans préavis, conformément à l'article 37, § 4, 4°, du décret :

- 1° à la demande du fournisseur de stage ou du stagiaire ;
- 2° en cas d'exercice par le stagiaire d'une activité en qualité de travailleur salarié, de membre du personnel statutaire ou d'indépendant ;
- 3° en cas de force majeure ;
- 4° lorsque le stagiaire n'a pas les aptitudes nécessaires pour participer avec succès au déroulement normal du stage ;
- 5° lorsque le stagiaire a commis une infraction mentionnée aux articles 232 à 235 du Code pénal social pour être admis à un stage ;
- 6° pour un motif grave.

La résiliation anticipée du contrat de stage se fait par écrit. La résiliation écrite est transmise à toutes les parties contractantes.

En cas de rupture anticipée du contrat par un service de placement autre que l'Office de l'emploi, celui-ci informe l'Office de l'emploi des motifs qui ont conduit à la rupture du contrat si le stagiaire est demandeur ou bénéficiaire de prestations de chômage.

La résiliation anticipée du contrat de stage par le Ministre ou le service de placement agréé à la suite des situations définies à l'alinéa 1^{er}, 1°, 4° et 6°, ne peut intervenir que s'il a proposé au préalable un entretien de conseil au participant. L'objectif de cet entretien est de discuter de la possibilité de poursuivre le stage et, le cas échéant, d'indiquer les alternatives possibles.

L'entretien de conseil a lieu à l'initiative et en présence du conseiller référent ou du conseiller emploi. Le stagiaire et le fournisseur de stage sont invités à cet entretien.

Art. 9 - Dans les situations suivantes, le contrat de stage prend fin de plein droit conformément à l'article 37, § 4, 4°, du décret :

- 1° en cas de perte d'accès au marché du travail belge du stagiaire ;
- 2° en cas de décès du stagiaire ;
- 3° en cas de cessation d'activité du fournisseur de stage ;
- 4° en cas d'exclusion du fournisseur de stage de l'application du chapitre 5 du décret visé à l'article 3.

Dans les situations définies à l'alinéa 1^{er}, 1°, 3° et 4°, le service de placement qui accompagne le stagiaire conformément à l'article 33 du décret informe le stagiaire de la fin du contrat de stage. Dans la situation visée à l'alinéa 1^{er}, 1°, le service de placement informe également le fournisseur de stage.

Art. 10 - L'indemnité de stage mentionnée à l'article 42 du décret correspond à la prime fixée à l'article 15, § 1^{er}, de l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi. Le montant de l'indemnité de stage est calculé selon les modalités fixées à l'article 15, §§ 2 et 3, du même arrêté.

L'indemnité de stage est versée aux stagiaires qui remplissent les conditions fixées aux articles 18 ou 19 du même arrêté.

L'Office de l'emploi verse mensuellement l'indemnité de stage sur le compte du stagiaire.

Art. 11 - L'indemnité de déplacement mentionnée à l'article 43 du décret précité correspond à l'indemnité de déplacement fixée à l'article 16 de l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi et est calculée selon les modalités fixées par cet arrêté.

L'article 16, §3, du même arrêté est applicable à l'indemnité de déplacement du stagiaire visée à l'alinéa 1^{er}.

L'indemnité de déplacement est versée aux stagiaires qui remplissent les conditions fixées aux articles 18 ou 19 du même arrêté.

L'Office de l'emploi verse mensuellement l'indemnité de déplacement sur le compte du stagiaire.

Art. 12 - L'indemnité de stage et l'indemnité de déplacement sont accordées pour la durée de la convention de stage mentionnée à l'article 37 du décret, à l'exception :

- 1° des périodes pendant lesquelles le contrat est suspendu conformément à l'article 5;

2° des périodes pendant lesquelles le stagiaire est absent sans justification.

En cas d'absence injustifiée, le fournisseur de stage informe immédiatement le conseiller référent ou le conseiller emploi compétent du stagiaire.

Sont notamment considérés comme absences excusées du stagiaire, les situations et événements suivants :

- 1° les événements familiaux ;
- 2° l'accomplissement d'obligations civiques ou de missions civiles ;
- 3° la comparution devant un tribunal ;
- 4° les congés pour raisons impérieuses ;
- 5° les interruptions de travail prévues par la loi en matière de congé de maternité ;
- 6° la réponse du stagiaire à une offre d'emploi.

Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, l'indemnité de déplacement n'est pas accordée :

- 1° pour les périodes d'absence excusée du stagiaire ;
- 2° dans les situations où, conformément à l'article 16, § 2, de l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi, l'attestation relative à l'intervention majorée de l'assurance soins de santé ou sa demande n'a pas été introduite auprès de l'Office de l'emploi dans le délai imparti.

Lorsque le stagiaire est suivi par un service de placement autre que l'Office de l'emploi, celui-ci communique mensuellement à l'Office de l'emploi les données suivantes :

- 1° les périodes du mois pendant lesquelles le contrat de stage a été suspendu en application de l'article 5, § 1^{er} ;
- 2° les périodes du mois pendant lesquelles le stagiaire a été absent sans justification.

Cette communication est faite avant le dixième jour du mois qui suit celui auquel se rapportent ces périodes.

Art. 13 - Si le stagiaire a indûment perçu une indemnité de stage ou une indemnité de déplacement en raison de fausses déclarations ou du manquement visé à l'article 7, alinéa 2, ou de l'article 8, 5°, l'Office de l'emploi procède au recouvrement des sommes correspondantes.

Art. 14 - L'admission au stage ainsi que l'octroi de la prime et de l'indemnité de déplacement sont soumis au respect des obligations et conditions fixées par le décret, le présent arrêté et le contrat de stage. Cela implique que le stagiaire suive le stage de manière régulière et consciencieuse.

Art. 15 - Si le service de placement qui accompagne le stagiaire conformément à l'article 33 du décret constate que le stagiaire ne respecte pas une ou plusieurs obligations ou conditions, il l'avertit et, le cas échéant, le met en demeure de remplir sans délai ces obligations, et ce, sans préjudice de l'application des articles 5, 7 et 8.

Art. 16 - § 1^{er} – Si le stagiaire, après l'invitation mentionnée à l'article 15, continue à ne pas remplir ses obligations, le Ministre ou le service de placement agréé lui retire, après l'avoir entendu sur ce point, l'admission au stage ainsi que l'octroi de la prime et de l'indemnité de déplacement, et ce, sans préjudice de l'application des articles 5, 7 et 8.

§ 2 - Le Ministre ou le service de placement agréé retire également l'admission au stage et l'octroi de la prime et de l'indemnité de déplacement au stagiaire, s'il met fin prématurément à son stage ou si le fournisseur de stage met fin à ledit stage en raison du comportement de la personne concernée.

§ 3 - Le Ministre ou le service de placement agréé transmet au stagiaire sa décision prise en vertu

des §§ 1^{er} et 2 par lettre recommandée et informe les autres parties contractantes définies à l'article 37 du décret de la fin anticipée du contrat de stage.

En cas de rupture anticipée du contrat par un service de placement autre que l'Office de l'emploi, celui-ci informe l'Office de l'emploi des motifs qui ont conduit à la rupture du contrat si le stagiaire est demandeur ou bénéficiaire de prestations de chômage.

§ 4 - Pour les demandeurs et bénéficiaires de prestations de chômage, l'Office de l'emploi tient compte des situations mentionnées aux §§1^{er} et 2 pour l'application du contrôle des efforts de recherche visé au chapitre 6 du décret.

Art. 17 - L'arrêté du Gouvernement du 18 janvier 2002 relatif au stage d'orientation est abrogé.

Art. 18 - L'article 13, alinéa 2, de l'arrêté du Gouvernement du 29 novembre 2018 portant exécution du décret du 23 avril 2018 relatif aux prestations familiales, inséré par l'arrêté du 23 janvier 2020, est modifié comme suit :

1° le 4° est abrogé ;

2° le 9° suivant est inséré :

« 9° l'indemnité de stage mentionnée à l'article 42 du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins ; »

3° le 10° suivant est inséré :

« 10° l'indemnité de déplacement mentionnée à l'article 43 du même décret du 22 mai 2023. »

Art. 19 - Toute personne admise à un stage d'orientation avant l'entrée en vigueur de l'article 14 reste soumise aux dispositions de l'arrêté du Gouvernement du 18 janvier 2002 relatif au stage d'orientation jusqu'à la fin de son stage respectif.

Art. 20 - Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2024, à l'exception des articles 17 et 18, 1°, qui entrent en vigueur à une date fixée par le Ministre ayant l'emploi dans ses attributions.

Art. 21 - Le Ministre compétent en matière d'Emploi est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le ...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du Territoire et du Logement
A. ANTONIADIS

La Ministre de la Culture et des Sports, de l'Emploi et des Médias
I. WEYKMANS